

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden
die-tribuene.ch

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik Schützen wir unsere Neutralität von <i>Stephan Amacker</i> Seite 2	Kanton Zürich Nein zum politischen Islam an Schulen von <i>Tobias Infortuna</i> Seite 3	Aktuell 83 Millionen Franken für eine Scheinlösung von <i>Rochus Burtscher</i> Seite 4	Parlamentsgemeinden Zürcher Stadtrat untergräbt den Rechtsstaat von <i>Stephan Iten</i> Seite 6	Veranstaltungs-Tipp 43. Kantonales SVP-Schiessen in Marthalen Seite 4
---	---	--	---	--

ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER 2026

Ernährungsinitiative – NEIN

Als Landwirt und Produzent von Lebensmitteln betrachte ich die Ernährungsinitiative vom 27. September 2026 mit grosser Skepsis. Auf den ersten Blick klingt vieles sympathisch. Aber aufgepasst: Die Idee schiesst meilenweit an der Realität einer nachhaltigen und leistungsfähigen Lebensmittelversorgung vorbei.



Wir Bauern brauchen keine Politik, die uns vorschreibt, was wir anzubauen oder wie wir unsere Betriebe umzustrukturieren haben.

Bild: ZBV

Mehr einheimische Lebensmittel, eine nachhaltigere Landwirtschaft, sauberes Trinkwasser und eine stärkere Versorgung der Schweiz aus eigener Produktion. Wer könnte denn gegen diese Ziele sein? Doch zwischen politischen Forderungen und der Realität auf einem Landwirtschaftsbetrieb liegen Welten.

Lebensmittel produzieren heisst mit der Natur arbeiten
Wir Bauern produzieren nicht auf Knopfdruck. Wir arbeiten mit dem Boden, dem Wetter, den Tieren und den natürlichen

Gegebenheiten. Ein Landwirtschaftsbetrieb lässt sich nicht wie ein Industriebetrieb einfach auf ein politisch festgelegtes Produktionsziel hochfahren. Die verfügbare Fläche ist begrenzt, die Topografie der Schweiz ist anspruchsvoll und die klimatischen Bedingungen sind

«Landwirtschaft funktioniert nicht nach politischen Wunschkonstruktionen.»

längst nicht überall für Ackerbau oder Gemüseproduktion geeignet. Gerade die vergangenen Wochen mit Trockenheit und den zerstörerischen Hagelzügen haben die Vulnerabilität des Pflanzenbaus aufgezeigt.

Die Forderung nach einem Selbstversorgungsgrad von mindestens 70 Prozent klingt nach mehr Ernährungssicherheit, denn heute liegen wir bei 45 Prozent. Doch wie soll dieses Ziel erreicht werden? Die Schweiz müsste ihre Produktion massiv umbauen, aber auch steigern. Weg von der Nutztierhaltung, hin

zu direkt essbaren pflanzlichen Produkten. Gleichzeitig soll die Landwirtschaft weniger Ressourcen verbrauchen, weniger Pflanzenschutzmittel und Kunstdünger einsetzen und die Umwelt entlasten. Lauter widersprüchliche Zielsetzungen.

Die Schweiz ist ein Grasland
Gerade die Tierhaltung wird in dieser Initiative geringgeschätzt. Zwei Drittel unserer landwirtschaftlichen Fläche bestehen aus Wiesen und Weiden, insbesondere in Regionen, in denen Ackerbau gar nicht möglich ist. Rinder, Schafe und Ziegen können diese Flächen in hochwertige Lebensmittel umwandeln. Dazu bringen tierische Lebensmittel Wertschöpfung auf die Betriebe und in das nachgelagerte Gewerbe. Wenn man die Tierhaltung politisch zurückdrängen will, verschwindet deshalb nicht automatisch das Grasland.

Das Ertragspotenzial vieler «Wunschkpflanzen» ist ökonomisch gesehen zu gering
Auch die Vorstellung, dass mehr pflanzliche Lebensmittel automatisch zu mehr Versorgungssicherheit führen, greift zu kurz. Natürlich brauchen wir eine vielfältige Produktion. Hochwertige tierische Proteine sind ernährungsphysiologisch den pflanzlichen Alternativen überlegen, darum braucht es beides. Wer die Inlandproduktion stärken will, muss zuerst akzeptieren, dass unsere Landwirtschaft durch Geografie und Klima Grenzen hat. Gerade proteinreiche Pflanzen wie Bohnen, Erbsen oder Linsen sind bis heute bei uns keine Kulturen, die konkurrenzfähige Erträge liefern können.

ler zu liegen kommt. Ob Fleisch, Milchprodukte, Eier, Gemüse oder Früchte: Ich und die meisten Mitbürger dieses Landes wollen dies zu Recht selbst bestimmen. Wer sich vegetarisch oder vegan ernähren will, darf dies heute schon tun und die wenigsten stören sich daran. Dies hat auch die Politik so erkannt. Ohne Gegenstimme und ohne eine einzige Enthaltung haben das Parlament und der Bundesrat die Initiative zur Ablehnung empfohlen.

Planungssicherheit bringt Ernährungssicherheit
Wir Bauern brauchen keine Politik, die uns vorschreibt, was wir anzubauen oder wie wir unsere Betriebe umzustrukturieren haben. Wir brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Wer Investitionen verlangt, muss Planungssicherheit schaffen. Wer höhere Umweltstandards fordert, muss deren Auswirkungen auf die Einkommen berücksichtigen. Und wer mehr Inlandproduktion will, muss auch bereit sein, diese Produktion am Markt entsprechend zu honorieren.

Landwirtschaft funktioniert nicht nach politischen Wunschkonstruktionen. Wir brauchen Betriebe, welche unter Schweizer Bedingungen langfristig produzieren können. Denn wer Ernährungssicherheit will, muss zuerst dafür sorgen, dass es auch in Zukunft genügend Bauern gibt, die bereit und in der Lage sind, Lebensmittel zu produzieren.

Darum am 27. September ein klares NEIN zur Ernährungsinitiative.

Martin Haab
Nationalrat SVP
Mettenstetten

Jetzt mitmachen und Abstimmungskampagne unterstützen: www.neutralitaet-ja.ch

Kein KRIEG. JA zur Schweizer Neutralität

Am 27. September 2026

Noch höhere Löhne?

Lehrpersonen verdienen schon heute bis zu CHF 163'000 pro Jahr

zum **Lehrpersonalgesetz**

NEIN

Regierungsrat und 102 Gemeinden sagen NEIN

FDP Die Liberalen SVP Die Partei der Unabhängigen



Krieger gegen die Friedenstaube

Da verbringt ein Mann sein fast gesamtes Leben damit, die Schweizer Armee zu beschimpfen, Wehrdienstverweigerer zu hätscheln und die Landesverteidigung als Konstrukt des bürgerlichen Klassenfeinds zu diffamieren. Und plötzlich mutiert der Chefideologe der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) zum lautstärksten Trommler für die internationale Militärallianz. Josef Lang hat im hohen Alter seine wahre Berufung gefunden: Er ist jetzt kalter Krieger.

Heute schimpft Lang gegen die Neutralität wie ein Rohrspatz – und mit entsprechendem Spatzenhirn: Nach dem «stalinistischen Missbrauch» sei die Friedenstaube «nun auch von ganz rechts dran». Christoph Blocher dürfte sich wundern, zum Stalinisten erklärt zu werden. Langs Wut gilt der Schweizerischen Friedensbewegung (SFB), die sich für die Neutralitätsinitiative einsetzt. Diese stehe der «kommunistischen Internationalen Friedensbewegung» nahe und wolle einen «kommunistischen Frieden».

Bezüglich Kommunismus ist Josef Lang Experte. Er war nämlich Mitbegründer der Revolutionären Marxistischen Liga (RML) in Zug. Die Kehrtwende des Josef Lang zeigt vor allem eines: Auf den linken Pazifismus ist Verlass. Solange kein echter Sturm aufzieht. Sobald es ungemütlich wird, flüchten die theoretischen Friedensengel unter den nächstbesten militärischen Schutzschirm. Jetzt erklärt uns Lang mit geschwellter Brust, warum der Krieg der wahre Frieden ist. Vom roten Kommunisten zum feldgrünen Frontkämpfer – das muss ihm erst mal einer nachmachen. Wer heute die Neutralität verteidigt, ist für Lang kein Friedensfreund mehr, sondern ein Gehilfe des Bösen. Im Eifer des Gefechts greift der einstige Anti-Militarist zum moralischen Zeigefinger. Mit hochrotem Kopf brandmarkt er jeden, der nicht sofort den totalen Beitritt zur westlichen Wertegemeinschaft fordert. Inklusive aller Sanktionen und Waffenlieferungen. Früher hätte Josef Lang die Schweizer Soldaten am liebsten zu Sozialarbeitern im Strickpullover umgeschult. Jetzt erscheinen wohl bald seine Memoiren mit dem Titel: «Wie ich lernte, die Bombe zu lieben.»

ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER

Neutralitätsinitiative

Erfolgreiche Unternehmen entwickeln Produkte und Dienstleistungen, die einzigartig sind und sich von der Konkurrenz durch Alleinstellungsmerkmale abheben, kurz USP genannt, was «unique selling proposition» bedeutet. Demgegenüber versuchen sich andere Firmen mit einer «Me-too»-Strategie am Leben zu erhalten, indem sie andere Firmen kopieren, was in den meisten Fällen scheitert.



Stephan Amacker
Ehem. Präsident
Kommission Energie
und Umwelt
SVP Kanton Zürich
Neftenbach

Übertragen auf die Politik der Schweiz führten die folgenden Merkmale zum Erfolg.

Die geopolitische Lage der Schweiz

Die Alpen als gewaltiger Riegel formen nicht nur den Charakter ihrer Bewohner als selbständige, naturverbundene und wehrhafte Menschen, sondern hielten in der Vergangenheit oftmals fremde Mächte davon ab, diese raue Gegend zu erobern. Die umliegenden Länder erachteten die Alpen als natürliche Barriere zwischen den europäischen Staaten, was immer wieder Streitigkeiten im Keim erstickte.

Die geografische Lage der Schweiz

Die abwechslungsreiche Lage mit den Alpen, dem Mittelland und dem Jura ermöglichte es, früh einen wirtschaftlich bedeutenden Tourismus aufzubauen, der durch die Qualität der Angebote einen wesentlichen Teil zum Brutto-sozialprodukt beiträgt. Die Viersprachigkeit und Anpassungsfähigkeit gegenüber Fremden machen die Schweiz zu einer beliebten Destination weltweit.

Das beste Bildungssystem der Welt

In Ermangelung von Bodenschätzen wurde im 19. Jahrhundert eine Industrialisierung realisiert, die einmalig war und auf einem hervorragenden Bildungssystem basiert. Das sogenannte duale Bildungssystem ermöglicht jedem und

jeder eine passende Berufsbildung zu durchlaufen und die vorhandenen Talente auszunutzen. Die handwerklichen Fähigkeiten und Managementqualitäten geniessen internationale Anerkennung. Bezüglich innovativer Lösungen steht die Schweiz an der Weltspitze, was die Anzahl der Patente, führende Produkte und die weltweit höchste Rate von Nobelpreisen pro Kopf belegen.

Die Stärken der Eidgenossenschaft

Die Geschichte mit den besonderen Bedingungen des Alpenlandes hat ein sehr spezielles Volk mit grossem Freiheitsdrang geschaffen. Verschiedene Male wurden übermächtige Gegner besiegt, da eine vereinigte Eidgenossenschaft mit Entschlossenheit ihre Freiheit verteidigte. 1476 im Burgunderkrieg gegen Karl den Kühnen und 1499 im Schwabenkrieg gegen den römisch-deutschen König Maximilian I. sind wohl die prägendsten Ereignisse diesbezüglich. Nach solchen Siegen zogen sich die Eidgenossen immer wieder auf ihr Territorium zurück und verzichteten auf Gebietsgewinne.

Die heutige Bedrohungslage

Die Gegner der Neutralitätsinitiative zitieren immer wieder den Satz «Wir sind heute nur von Freunden umzingelt.» Ein nachdenklich machender Spruch, denn diese Freunde haben uns in den letzten beiden Kriegen massiv bedroht. Die Geschichte lehrt uns, dass sich solche Beziehungen rasch verändern können. Nur durch Entschlossenheit, Aufrüstung, die Anbauschlacht und gute Diplomatie konnte die Schweiz verhindern, dass die Achsenmächte andere Wege suchten und die Schweiz in ihre Gewalt brachten. Die globalen Kriegsherde zeigen

aktuell, dass sich durch die moderne Kriegsführung die Situation auch in Europa rasch ändern kann und die Schweiz gut beraten ist, wenn sie sich nicht einer Militärmacht anschliesst.

Die Neutralität

Die Neutralität führte durch ihre spezifischen Alleinstellungsmerkmale und durch Einsichten nach der Niederlage in Marignano am 14./15. September 1515 zur Bildung der weltweit einzigartigen Neutralität der Schweiz. Dank dieser langen Entwicklungsphase bis zur Anerkennung einer «immerwährenden Neutralität» durch die europäischen Grossmächte 1815 konnte sich die Schweiz von allen Konflikten fernhalten, nicht zuletzt durch ihren Wehrwillen mit einer starken Armee. Sie stellte in dieser Zeit häufig ihre diplomatischen Kräfte zur Verfügung und vermittelte erfolgreich in zahlreichen Streitigkeiten.

Die Voraussetzung dafür war das Vertrauen, das die Schweiz als unabhängiger Staat weltweit genoss. Mit dem Beitritt zu den EU-Sanktionen im Fall des Überfalls von Russland auf die Ukraine wurde dieser Geist der Neutralität verletzt und diese faktisch abgeschafft. Erneut war zu hören, die Schweiz stehe einem übermächtigen Gegner gegenüber und wir könnten der Macht der EU nichts entgegensetzen. Diese Situation hat die Schweiz schon mehrfach erlebt, konnte aber durch Einigkeit, Entschlossenheit und diplomatisches Geschick, mit Ausnahme der Helvetik, siegreich die Bedrohungen überwinden.

Die Schweizer Neutralität ist das weit-aus fortschrittlichste Werkzeug, um einen weltweiten Frieden zu fördern, und sollte weder verwässert noch abgeschafft werden. Damit die Fehler des

Bundesrats sich nicht wiederholen können, ist die in der Initiative vorgeschlagene Erweiterung der Verfassung die richtige Konsequenz.

Die Abschaffer der Neutralität

Angesichts der Erfolgsgeschichte der Schweiz auf der Grundlage der genannten Qualitäten wurde das grosse Vertrauen in unser Land massiv beschädigt, ein Fehler, der nur schwer zu korrigieren ist.

Welches sind die Hintergründe der negativen Reaktionen zur Neutralitätsinitiative?

- Die Politik ist unfähig, einen Fehler einzugestehen und Korrekturen festzulegen.
- Kommt die Initiative durch, wird es für die EU-Verträge sehr schwierig.
- Für die meisten Parteien ist die SVP aus Voreingenommenheit der falsche Absender.
- Ausländisch geführten Firmen erscheinen schweizerische Werte zu wenig gewinnbringend.
- Die wachsende Politikverdrossenheit gibt Schlagworten die Bühne.
- Einige Politiker suchen eine Karriere in Brüssel.
- Angst vor einer vermeintlich übermächtigen EU und die Neigung zur Unterwürfigkeit.

Was verliert die Schweiz im Fall eines Neins?

Sie verliert massiv an Vertrauen in der Welt, eines der wichtigsten Alleinstellungsmerkmale überhaupt (USP) mit negativen Auswirkungen auf die Finanzindustrie, den Export, den Tourismus und die politische Vorbildfunktion.

Die von BR Guy Parmelin vorbildlich geförderten Freihandelsabkommen werden ins Stocken kommen. Vor allem aber macht es den Weg frei für die Euro-Turbos bei der Abstimmung über die EU-Verträge – und das wäre der Super-GAU mit dem Ende der Schweiz, wie wir sie kennen und lieben.

SOGAR DER REGIERUNGSRAT SAGT NEIN

Staatlicher Zwang für Angebot von Sterbehilfe?

Eine Gesetzesänderung würde alle Zürcher Altersheime, Pflegeeinrichtungen und Spitäler zwingen, den assistierten Suizid in ihren Räumen zuzulassen. Eine christliche Trägerschaft etwa würde damit gezwungen werden, Sterbehilfe in ihren Räumen zu dulden. Die Referendumsvorlage kommt am 27. September zur Abstimmung.



Reinhard Wegelin
Alt Parteisekretär SVP
Pfäffikon

Wohlverstanden: Assistierter Suizid ist in der Schweiz geregelt und erlaubt. Das bestreitet niemand. Aber «erlaubt» darf nicht «verpflichtend» sein.

Ein liberales Anliegen

Die SVP/EDU-Fraktion und die EVP-Fraktion des Kantonsrats haben als Einzige erkannt, dass Wahlfreiheit im Angebot erhalten bleiben muss. Ihr Behördenreferendum hat eigentlich ein sehr liberales Anliegen, nämlich Wahlfreiheit und Gewissensfreiheit für alle.

Wichtige Werteorientierung

Während linke und andere bürgerliche Parteien von «Selbstbestimmung am Le-

bensende auch in Alters- und Pflegeheimen» schnorren, sagt das Nein-Komitee klar, dass es eben auch für Patienten und Arbeitnehmer eine Wahlfreiheit geben muss. Ein staatlicher Zwang zerstört unser Gesundheitswesen. Gerade in diesem Bereich ist Werteorientierung etwas Beständiges.

Gegen staatlichen Duldungszwang

Wer sich bewusst für ein Heim mit einer bestimmten ethischen oder religiösen Ausrichtung entscheidet, soll diese Wahl auch künftig treffen können. Menschlichkeit am Lebensende ist ein bedeutendes Anliegen der heutigen Gesellschaft. Aber sie darf nicht zum Zwang gegenüber Pflegefachpersonen führen. Dazu sagt das Referendumskomitee: «Rund 90 Prozent der Zürcher Pflegeheime ermöglichen bereits heute den assistierten Suizid. Doch nicht alle Menschen wollen in einem Zuhause leben oder arbeiten, in dem Sterbehilfe stattfindet. Echte Wahlfreiheit gibt es nur, wenn

es eine Auswahl gibt: für ein Zuhause und einen Arbeitsplatz ohne assistierten Suizid.»

Auch der Regierungsrat sagt Nein

Bemerkenswert ist im Übrigen, dass auch der Zürcher Regierungsrat die Gesetzesanpassung ablehnt. Eine Duldungspflicht auch für Spitäler und Reha-Kliniken sei unnötig. Die Betreuung von

Menschen bis zu ihrem Lebensende sei nicht ihr Auftrag. Der assistierte Suizid sei ein höchstpersönliches Thema,

«Ein staatlicher Zwang zerstört unser Gesundheitswesen.»

schreibt der Regierungsrat weiter. «Es gehört zur Eigenverantwortung, sich mit der Endlichkeit des eigenen Lebens zu befassen.»



Nicht alle Menschen wollen in einem Zuhause leben oder arbeiten, in dem Sterbehilfe stattfindet.

Bild: Adobe Stock



SCHWEIZER QUALITÄT
Bezirk Meilen

FEIERABEND

AUF DEM ZÜRICHSEE

MIT DER SVP BEZIRK MEILEN

Für alle
16–35
Jahre



TREFFPUNKT
SCHIFFSTATION
BÜRKLIPLATZ ZÜRICH



ABFAHRT
18:00 UHR



ESSEN & GETRÄNKE
SIND OFFERIERT.



JETZT
ANMELDEN!





MI, 30. SEPTEMBER 2026

Komm an Bord & sei dabei!



BERICHT AUS DEM KANTONSRAT

Eine Schule ohne Smartphones und ohne Kopftücher

Die Debatten der Doppelsitzung vom Montag wurden von den Themen der SVP-Fraktion dominiert. Einen erheblichen Teil nahm die Debatte um das Postulat «Verbindliche Richtlinien – keine Smartphones an Volksschulen» von Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), Markus Bopp (SVP, Otelfingen) und Roger Cadonau (EDU, Wetzikon) in Anspruch. Das andere grosse Thema war das Verbot von Kopftüchern an unseren Schulen. Diese Motion wurde von Tobias Infortuna (SVP, Egg), Sandra Bossert (SVP, Wädenswil) und Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) eingereicht.



Christoph Marty
Kantonrat SVP
Zürich

Es ist nicht mehr zu übersehen: Smartphones stellen eine Ablenkungsquelle mit Suchtpotenzial dar. Etliche Kantone haben bereits smartphonefreie Schulen eingeführt. Ohne entsprechende klare Richtlinien würde der Kanton Zürich eine Ausnahme bleiben. Von der SVP-Fraktion sprachen neben den Postulanten Pierre Dalcher, Tobias Infortuna, René Isler und Jacqueline Hofer. Mit 92 zu 82 Stimmen bei zwei Enthaltungen wurde dem Postulat zugestimmt. Der Regierungsrat hat nun zwei Jahre Zeit, um Bericht und Antrag vorzulegen. Leider hatte die FDP-Fraktion wieder einmal Schwierigkeiten mit ordnungspolitischen Vorgaben, um klare Verhältnisse im Volksschulbetrieb zu schaffen; von der GLP wollen wir gar nicht erst sprechen. Beide Fraktionen lehnten das Postulat geschlossen ab.

Keine Unterdrückung von Frauen und Mädchen an Zürcher Schulen und Kindergärten

Tobias Infortuna ging auf den Sachverhalt fundiert und kompetent ein. Wohl trifft es zu, dass islamistische Kreise vor Bundesgericht vor Jahren erreicht hatten, dass das Kopftuch als religiöses Symbol erlaubt sein solle. Die SVP-Fraktion kann aber in der Diskriminierung von Frauen und Mädchen kein verfassungsrechtliches Grundrecht erkennen. Das Schweizer Recht steht über religiösen Vorschriften. So sind auch die Kreuze aus den Schulzimmern verschwunden.

Der radikale Islam hat ein Problem mit Frauen und Mädchen

Sandra Bossert (SVP, Wädenswil) beleuchtete den Sachverhalt aus weiblicher Sicht. Das Freisein von patriarchalem Druck, für das sie dankbar ist, soll für alle Frauen in unserem Land gelten. Es ist eben nicht bloss ein Stück Stoff, sondern das Symbol dafür, dass



Das Kopftuch ist ein Zeichen des politischen Islams, den wir an unseren Schulen nicht dulden werden.
Bild: SVP Kanton Zürich

Frauen und Männer nicht dieselben Rechte haben. Das Kopftuch ist eine islamische und für den politischen Islam ausschlaggebende Flagge. Es ist ein Zeichen von Unfreiheit und Entrechtung von Frauen.

Die ehemalige CVP, heute «Die Mitte», erging sich in den in linken Kreisen üblichen Phrasen wie «Vielfalt» und dergleichen und lehnte die Motion geschlossen ab. Ganz anders dagegen die EVP, bei der immerhin drei der sieben Ratsmitglieder

und demokratischen Wertvorstellungen orientiert. Dabei wahrt sie die Glaubens- und Gewissensfreiheit und nimmt auf Minderheiten Rücksicht. Sie fördert Mädchen und Knaben gleichermaßen.»

Öffentliche Schule: Kein Freiraum für die Islamisierung unserer Heimat

Wir führen diese Debatte – so SVP-Fraktionschef Tobias Weidmann –, weil die öffentliche Schule kein Ort für die schleichende Islamisierung unserer Gesellschaft sein darf. Das Kopftuch steht für den zunehmenden Einfluss des politischen Islam in unserer Gesellschaft. Das Kopftuch steht für die zunehmende Islamisierung des öffentlichen Raums. Die FDP-Fraktion konnte sich zu einem Bekenntnis zu unseren Werten und Gesetzen durchringen und stimmte geschlossen zu. So konnte die Motion mit 87 Ja- zu 82 Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen dem Regierungsrat zur Ausarbeitung einer Vorlage mit Bericht und Antrag überwiesen werden.

«Das Kopftuch steht für die zunehmende Islamisierung des öffentlichen Raums.»

ihre christlichen Wurzeln noch nicht über Bord geworfen haben. So ging deren Sprecher explizit auf § 2 Abs. 1 des Zürcher Volksschulgesetzes ein: «Die Volksschule erzieht zu einem Verhalten, das sich an christlichen, humanistischen

WORTE DES FRAKTIONSPRÄSIDENTEN

Integration braucht Selbstbewusstsein

Die Schweiz ist heute stärker von Zuwanderung geprägt als fast jedes andere vergleichbare Land. Rund 31 Prozent unserer Bevölkerung sind im Ausland geboren. In Deutschland sind es 20,5 Prozent, in Frankreich 13,8 Prozent und selbst im klassischen Einwanderungsland, den USA, nur 15,5 Prozent. Ein Spitzenwert im OECD-Vergleich, über den die Linke erstaunlich selten spricht – anders als über jeden neuen Hitzerekord. Gerade deshalb braucht es nicht weniger Schweiz, sondern mehr Schweiz.

Je unterschiedlicher Herkunft, Religionen und kulturelle Vorstellungen in einem Land sind, desto wichtiger ist ein gemeinsames Fundament. Integration verlangt Selbstbehauptung. Eine Gesellschaft kann nur integrieren, wenn sie weiss, welche Werte nicht verhandelbar sind. Wer aus falsch verstandener Toleranz alles akzeptiert, integriert niemanden.

Klare Grenzen für den politischen Islam

Genau hier beginnt die Auseinandersetzung mit dem politischen Islam. Es geht nicht darum, Muslimen ihren Glauben vorzuschreiben. Religionsfrei-

heit gehört zur Schweiz. Der politische Islam geht aber darüber hinaus. Er verbindet Religion mit gesellschaftlichen Ordnungsvorstellungen und Rollenbildern, die mit unseren Grundwerten in Konflikt geraten. Das Kopftuch

«Wer in die Schweiz kommt, soll Teil unserer Gesellschaft werden.»

wird dabei auch als sichtbares Symbol eingesetzt. Besonders bei kleinen Mädchen müssen wir eine Grenze ziehen.

Deshalb setzen wir uns für ein Kopftuchverbot für Schülerinnen und Lehrerinnen an öffentlichen Schulen und Kindergärten ein. Die Volksschule muss für Gleichberechtigung, persönliche Freiheit und Integration stehen.

Auch andere Länder kennen klare Kopftuchregeln. Österreich verbietet das Kopftuch für Schülerinnen unter 14 Jahren. In Frankreich ist das Kopftuch an öffentlichen Schulen seit 2004 verboten. Selbst im mehrheitlich muslimischen Kosovo bestehen Einschränkungen für das Kopftuch an öffentlichen Schulen.

Weshalb soll ausgerechnet die Schweiz hier weniger konsequent sein?

Integration ist keine Einbahnstrasse

Die Schweiz ist erfolgreich, weil Menschen unterschiedlicher Herkunft hier friedlich zusammenleben können. Das funktioniert aber nur mit klaren Regeln. Wir respektieren andere Religionen und Kulturen. Im Gegenzug erwarten wir Respekt vor unserer Kultur und unserer freiheitlichen Ordnung.

Wer in die Schweiz kommt, soll Teil unserer Gesellschaft werden. Nicht die Schweiz muss sich den Wertvorstellungen der Zugewanderten anpassen. Integration braucht Toleranz. Aber Toleranz braucht Grenzen. Und beides braucht eine Schweiz, die selbstbewusst zu ihren eigenen Werten steht.



von
Tobias Weidmann

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Kopftücher und grüne Helden



Tobias Infortuna
Kantonrat SVP
Egg

Am Montag wurde intensiv über die SVP-Motion «Keine Unterdrückung von Frauen und Mädchen an Zürcher Schulen und Kindergärten» diskutiert. Zahlreiche Vertreter der SVP betonten, dass die Ungleichbehandlung von Mann und Frau in der Schule keinen Platz haben darf. Gerade die kleinen Mädchen sollen ohne die diskriminierende Verhüllung lernen und spielen dürfen. Aber auch Lehrerinnen sollen die Schüler ohne Kopftuch unterrichten. Den Kindern beibringen, dass in der Schweiz Gleichberechtigung herrscht, aber sich selbst dem radikalen Islam unterordnen, das passt nicht zusammen.

Die Linken und Grünen sahen das natürlich anders. Nach Jahrzehnten des Kampfs für Frauenrechte wollten sie davon nun plötzlich nichts mehr wissen. Bekanntlich haben die Sozialdemokraten vor einigen Monaten die kritische Haltung gegenüber dem Kopftuch aus ihrem Positionspapier entfernt. Plötzlich fanden sie, dass das Kopftuch ein Zeichen der weiblichen Selbstbestimmung sei, und bekämpften deshalb die Forderung der SVP, dass Frauen und Mädchen nicht aufgrund einer Religion markiert werden dürfen. Obwohl mehrfach erwähnt wurde, dass das Verbot auch für andere Religionen gelten würde, die Frauen unterdrücken, beharrten die Linken darauf, dass nur der Islam betroffen sei. Gegenwärtig stimmt das, aber die SVP kann ja nichts dafür, dass der Islam die einzige Religion ist, die im Mittelalter stehengeblieben ist.

Enttäuschend war die Haltung der Mitte-Partei. Im Kanton Aargau hatte sie eine Woche zuvor einen ähnlichen Vorstoss noch unterstützt. Im Kanton Zürich hingegen setzten sich die ehemaligen Christ-

demokraten vehement für den Islam ein und erwähnten zahlreiche naive Ideen. Prävention, mit den muslimischen Eltern das Gespräch suchen und Sozialarbeiter einbinden. Also viele neue und mit Steuergeld bezahlte Arbeitsplätze für Leute aus dem linken Milieu. Ja, dann viel Glück beim Umstimmen der radikalen Moslems. Das wird genau nie passieren.

Fakt ist, dass diejenigen Frauen, die das Kopftuch tragen, weil es ihnen gefällt oder weil es eine Tradition in der Familie ist, kein Problem damit hätten, es in der Schule abzulegen. Niemals ablegen würden es hingegen die Frauen, die von ihren Männern zum Kopftuch gezwungen werden oder es aufgrund der eigenen radikalen Gesinnung tragen. In unseren Schulen jedoch muss das Schweizer Recht gelten und nicht frauenfeindliche Auslegungen einer religiösen Schrift aus dem Mittelalter.

Zur Überraschung der meisten Anwesenden wurde die Motion mit 87 zu 82 Stimmen bei sechs Enthaltungen und ein paar Absenzen überwiesen. Entgegen der Erwartung stimmte die FDP geschlossen mit der SVP. Auch die Grünliberalen und die EVP steuerten vereinzelte Stimmen hinzu, und sogar zwei Mitglieder der Grünen stimmten gegen alle ihre Parteikollegen und für das Kopftuchverbot. Zwei Ja-Stimmen mitten im roten Block. Eigentlich sind diese grünen Kantonsräte die Helden des Tages, auch wenn es ohne sie noch knapp gereicht hätte. Viele andere hätten diesen Mut nicht aufgebracht.

Die vielzitierte Glaubensfreiheit wird trotz Kopftuchverbot natürlich weiterhin bestehen, denn glauben kann man auch ohne die Verhüllung.

Weil nicht zu erwarten ist, dass der Regierungsrat die Motion im Sinne der SVP umsetzen wird, muss man sich natürlich trotzdem Gedanken darüber machen, eine Volksinitiative zu lancieren. Denn beim Volk würde es eine klare Mehrheit für das Kopftuchverbot an unseren Schulen geben. Das wäre ein starkes Zeichen.

ZUR ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER

Neutralität: Eine Säule des Erfolgs der Schweiz

Haben Sie sich schon einmal gefragt, weshalb sich die Schweiz in den vergangenen 200 Jahren von einem der ärmsten Länder Europas zu einem der sichersten, stabilsten und erfolgreichsten Staaten der Welt – und zur weltweit einzigen direkten Demokratie auf nationaler Ebene – entwickeln konnte?

Die Antwort liegt in wenigen tragenden Säulen unseres Staatswesens. Eine davon ist unsere Neutralität. Neutralität bedeutet Unabhängigkeit. Die bewaffnete Neutralität ist der Wille und die Fähigkeit, diese Unabhängigkeit notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen. Genau dieser Grundsatz der immerwährenden bewaffneten Neutralität wurde 1815 am Wiener Kongress völkerrechtlich anerkannt.

Dank diesem seit über 200 Jahren existierenden politischen Freiraum konnte sich die Schweiz zu einem einzigartigen Staatswesen entfalten. Ohne fremde Machtinteressen konnten jene Institutionen entstehen und wachsen, die den Erfolg unseres Landes bis heute prägen: Föderalismus, direkte Demokratie, das Milizsystem, Rechtssicherheit und politische Stabilität.

Unsere Armee verteidigt die Schweiz

Unsere Armee dient ausschliesslich dem Schutz unseres Landes. Unsere Söhne und Töchter sollen die Schweiz verteidigen – und nicht auf fremden Schlachtfeldern für die Interessen anderer Staaten kämpfen oder sterben.

Während viele europäische Staaten in den vergangenen zwei Jahrhunderten durch Kriege, Besetzungen, Revolutionen und wechselnde Machtverhältnisse ihre politischen Systeme und staatlichen Strukturen immer wieder grundlegend verändern mussten, konnte die Schweiz ihre Institutionen kontinuierlich weiterentwickeln. Gerade diese aussergewöhnli-

che Kontinuität bildet einen wesentlichen Grund für den Erfolg unseres Landes.

Neutralität beginnt bereits im Frieden

Neutralität bedeutet auch, sich bereits in Friedenszeiten keiner militärischen Allianz anzunähern und damit keine potenzielle Kriegspartei zu bevorzugen. Umso erstaunlicher finde ich es, wenn heute ausgerechnet in der Schweiz Stimmen laut werden, die dieses Erfolgsmodell schrittweise auflösen wollen. Das Argument, man müsse bereits im Frieden gemeinsam mit unseren direkten Nachbarn in der NATO für einen möglichen Krieg trainieren, ist ein logischer Widerspruch. Wer sich bereits in Friedenszeiten militärisch auf eine einzige Allianz fokussiert, hat streng genommen seine Neutralität bereits aufgegeben.

Die immerwährende bewaffnete Neutralität ist weit mehr als ein Grundsatz der Aussenpolitik. Wer dieses Fundament schwächt, verändert nicht nur unsere Sicherheitspolitik. Er gefährdet die Voraussetzungen, auf denen der Erfolg und die Stabilität unseres Landes beruhen.

Unsere bewaffnete Neutralität ist eben kein Relikt der Vergangenheit. Sie ist eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, dass die Schweiz auch in Zukunft frei, unabhängig und selbstbestimmt bleiben kann.

Heinrich Vettiger,
Stadtrat SVP Wetzikon

JUNGI SVP – MIR REDED #KLARTEXT!

Mut zur Zuversicht

Der SVP wird oft vorgeworfen, sie sei immer nur gegen etwas. Der Vorwurf trifft uns teilweise. Nicht weil uns das Nein Spass macht, sondern weil es nötig ist und wir oftmals die Einzigen sind, die gegen Dinge kämpfen, die unser Land bedrohen: gegen die Unterwerfung unter die EU, gegen unkontrollierte Zuwanderung, gegen immer mehr Staat und gegen eine Politik, die Neutralität und Selbstbestimmung leichtfertig preisgibt. Wir verschweigen diese Gefahren nicht, sondern benennen sie klar und handeln somit verantwortlich. Wir sagen klar Nein, wo ein Nein nötig ist.



David Krügel
Vorstand Junge SVP
Kanton Zürich
Weisslingen

Trotzdem dürfen wir das Positive nicht vernachlässigen. Ich bin 20 Jahre alt und vernehme in meiner Generation: Wer ständig nur Schlechtes hört, setzt kein Kind in die Welt. Im Kanton Zürich liegt die zusammengefasste Geburtenziffer bei rund 1,2 Kindern pro Frau, landesweit bei 1,28. Für den Generationenerhalt bräuchte es 2,1. In der Stadt Zürich sind die Geburten seit 2022 auf tiefem Niveau stehen geblieben, obwohl mehr Frauen im gebärfähigen Alter dort leben. Viele Paare wollen Kinder. Sie schieben den Entscheid auf, weil Miete, Unsicherheit und ein dauerndes Krisennarrativ den Alltag bestimmen. Eine tiefe Geburtenrate ist deshalb die logische Folge. Die demografischen Auswirkungen sind erst in ein paar Jahren oder Jahrzehnten spürbar, die Folgen aber umso dramatischer, weil parallel eine Rekordzahl an Ausländern einwandert, oft mit deutlich höherer Geburtenziffer. Wächst die eine Gruppe und schrumpft die andere, gera-

ten die Schweizerinnen und Schweizer über kurz oder lang in die Minderheit. Unsere Aufgabe als SVP muss beides sein: Gefahren abwehren und Zuversicht geben. Sicherheit im öffentlichen Raum. Funktionierende Schulen. Wohnraum, der durch Masshalten bei der Zuwanderung entsteht. Arbeit und Lehre, die stolz machen. Steuern, die den ersten Lohn nicht auffressen. Eine unabhängige Schweiz, die ihre eigenen Entscheide trifft. Das ist die Voraussetzung dafür, dass die junge Generation hier Wurzeln schlägt statt ihre Familienplanung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Wer nur Nein sagt – oder zumindest immer nur so wahrgenommen wird –, hat recht und verliert trotzdem. Auf jedes notwendige Nein müssen zehn konkrete Ja folgen. Ja zur Unabhängigkeit. Ja zum Eigentum. Ja zur Familie. Ja zur Neutralität. Ja zur Milizarmee. Ja zur Berufslehre. Ja zur Sicherheit. Ja zu tiefen Steuern. Ja zu bezahlbarem Wohnraum. Ja zu einem Kanton Zürich, in dem junge Menschen bleiben und Kinder bekommen. Wir müssen das Positive wieder in den Vordergrund rücken. Denn so entsteht Zuversicht – und nur Zuversicht richtet ein Kinderzimmer ein. Wir schulden der nächsten Generation eine Vision für die Zukunft. Zeigen wir sie also auf.

ABSTIMMUNG VOM 27. SEPTEMBER

83 Millionen für eine Scheinlösung

Am 27. September entscheidet die Zürcher Stimmbevölkerung über die Änderung des Lehrpersonalgesetzes: eine Vorlage mit einem Preisschild von jährlich 83 Millionen Franken. Obwohl die Lehrpersonen im Kanton Zürich bereits heute zu den bestbezahlten der Schweiz gehören, sollen ihre Löhne weiter steigen.



Rochus Burtscher
Kantonsrat SVP
Dietikon

Ursprünglich sah der Regierungsrat eine deutlich gezieltere Lösung vor. Insbesondere Klassenlehrpersonen sollten entlastet werden. Doch eine knappe Mehrheit des Kantonsrats baute die Vorlage massiv aus. Aus einer gezielten Massnahme wurde eine breite Erhöhung des anrechenbaren Stundenansatzes und damit eine kostspielige Lohnerhöhung nach dem Giesskannenprinzip. Die Folgen sind beträchtlich: Rund 83 Millionen Franken zusätzliche Ausgaben fallen jedes Jahr an. Besonders stark trifft es die Gemeinden. Sie müssen rund 80 Prozent der Mehrkosten tragen. Dass sich über 100 Zürcher Gemeinden gegen die Vorlage wehren, ist deshalb ein deutliches Warnsignal. Auch der Regierungsrat lehnt die vom Kantonsrat beschlossene Version ab.

Zürich bezahlt bereits Spitzenlöhne
Die Arbeit der Lehrpersonen ist wichtig und anspruchsvoll. Gute Lehrpersonen sind entscheidend für eine starke Volksschule. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass der Kanton Zürich bereits heute sehr attraktive Löhne bezahlt.

Gemeinsam mit Genf liegt Zürich schweizweit an der Spitze. Kindergarten- und Primarlehrpersonen verdienen bei einem Vollzeitpensum bereits zum Berufseinstieg knapp 100 000 Franken pro Jahr. Der Maximallohn liegt bei über 150 000 Franken. Damit liegen

einzigste Stunde mehr für den Unterricht. Statt immer mehr Geld ins System zu pumpen, braucht es Reformen, die im Schulzimmer tatsächlich etwas bewirken. Die Lehrpersonen müssen von unnötiger Bürokratie entlastet werden und sich wieder stärker auf ihre Kernaufgabe konzentrieren können: guten Unterricht. Gleichzeitig braucht es Lösungen für Klassen, in denen das heutige integrative System an seine Grenzen stösst.

Echte Entlastung statt teurer Scheinlösung
Mit 83 Millionen Franken pro Jahr könnten wir konkrete Verbesserungen ermöglichen. Denkbar wären weniger Bürokratie, gezielte Unterstützung in anspruchsvollen Klassen oder Massnahmen, die den Lehrerinnen und Lehrern tatsächlich mehr Zeit für den Unterricht geben. Die vorliegende Änderung tut nichts davon.

«Eine pauschale Lohnerhöhung hilft nicht dabei, administrative Aufgaben zu reduzieren.»

Gute Bildungspolitik bemisst sich nicht daran, wie viel Geld sie verteilt, sondern daran, was sie im Schulzimmer bewirkt. Diese Vorlage bleibt den entscheidenden Nachweis schuldig. Deshalb sage ich am 27. September NEIN.

LESERBRIEF

Neutralität braucht Geschichtsbewusstsein

Die Auseinandersetzung mit der schweizerischen Neutralität entscheidet wohl darüber, ob die Verantwortlichen im Staate künftig fähig sein werden, an ihr festzuhalten. Dafür müssen sie sich nicht zwingend das sechsbändige Werk von Edgar Bonjour zu Gemüte führen. Aufschlussreich genug ist die grösste Bewährungsprobe der schweizerischen Neutralität: der Zweite Weltkrieg. Dass wir durch jene Kriegswirren hindurch unversehrt geblieben sind, gehört zu den ausserordentlichen Leistungen der damaligen Führung. Damals musste eine zeitweise vollständig eingekesselte Schweiz ihre Unabhängigkeit behaupten, unter enormem wirtschaftlichem Druck bestehen und zugleich glaubhaft machen, dass sie bereit war, ihr Land zu verteidigen. Hätte sie sich im Zweiten Weltkrieg auf eine Seite geschlagen, wäre sie zum Kriegsschauplatz geworden. Und was dann? Der konkrete Nutzen einer vollständigen Neutralität ging jedoch über das Überleben des Staates hinaus: In einem Europa, in dem Millionen Menschen unterdrückt, vertrieben und getötet wurden, blieb mittendrin ein Land offen, das

Hunderttausende aufnehmen und ihnen vorübergehend Schutz bieten konnte. Die Initiative ist notwendig geworden, weil die Einsichtslosigkeit der Politiker in die gute Berechtigung dieses Sicherheitsinstruments die Oberhand gewonnen hat. Mit dem Ausbruch des Ukrainekonflikts hat die offizielle Schweiz Sanktionen gegenüber der Grossmacht Russland verhängt. Dies ist insofern bemerkenswert, als damit nicht nur die Glaubwürdigkeit unserer Neutralitätspolitik untergraben wird, sondern an sich auch die Grenzen des Neutralitätsrechts berührt werden. Denn Neutralität ist ein Völkerrechtsbegriff, der einfach und beschränkt ist: Ein neutraler Staat verpflichtet sich, keinem Staat, der sich im Konflikt mit einem anderen Staat befindet, militärisch zu helfen oder ihn mit Waren oder Diensten zu begünstigen. Das Ganze zeugt von mangelndem Geschichtsbewusstsein. Wie verhängnisvoll sich dieses auswirken kann, zeigte sich in den 1990er-Jahren, als eine neue Generation von Verantwortlichen mit der Vergangenheit konfrontiert wurde. Die Schweiz geriet damals wegen ihrer

neutralen Haltung im Zweiten Weltkrieg massiv unter internationalen Druck. Schwerwiegenden Vorwürfen – etwa, die neutrale Schweiz habe den Krieg verlängert – standen die Regierenden hilflos gegenüber. Offenbar hatten sie kaum noch einen Bezug zu den widrigen Umständen, unter denen unser Land seinerzeit bestehen musste. Der Bundesrat reagierte mit Demutsgesten und demonstrativem Schuldbewusstsein. Neben erpressten Geldzahlungen wurde eine ganze Aktivdienstgeneration, die Ausserordentliches für unser Land geleistet hatte, im Stich gelassen und in ihren Gefühlen verletzt. Allerdings sind solche und andere Vorwürfe, wann und woher sie auch immer kommen mögen, in ihrem Verhältnis zum übergeordneten staatspolitischen Interesse zu sehen: der Verhinderung des Krieges auf eigenem Staatsgebiet und damit der Bewahrung der eigenen staatlichen Existenz. Dieses Ziel muss letztlich im Vordergrund stehen.

Raphael Frei,
Präsident SVP Wangen-Brüttisellen

EIN FEST FÜR ALLE

43. Kantonales SVP-Schiessen in Marthalen

Am 12. sowie 26. und 27. September 2026 findet im Schützenhaus Marthalen das 43. Kantonale SVP-Schiessen statt. Organisiert wird der Anlass gemeinsam von der SVP Marthalen, der SVP Bezirk Andelfingen und dem Militärschiessverein Marthalen – unter der Leitung von OK-Präsident Paul Mayer und einem engagierten Organisationskomitee, das dafür sorgt, dass diese über 40-jährige Tradition auch 2026 im Zürcher Weinland gebührend gefeiert wird.

Das SVP-Schiessen steht seit 1983 für Tradition, Kameradschaft und den sportlichen Wettkampf. Geschossen wird an drei Tagen: Samstag, 12. September, Samstag, 26. September, und Sonntag, 27. September, jeweils im Schützenhaus Marthalen, Schützehusstrass 7. Die Festwirtschaft ist an allen drei Tagen geöffnet und lädt zum Verweilen ein. Doch nicht nur Schützen kommen auf ihre Kosten: Alle sind herzlich eingeladen – auch Nicht-Schützen! Für

die passende Stimmung sorgen am Samstag, 26. September, ab 15.30 Uhr die «Winti Fäger» und am Sonntag, 27. September, ab 10.00 Uhr «Echo vom Arni». Um 13.30 Uhr am Sonntag folgen die Festansprachen und das Absenden – ein würdiger Abschluss des Anlasses. Wer mit dem öffentlichen Verkehr anreist, profitiert von einem Shuttlebus zwischen dem Bahnhof Marthalen und dem Schützenhaus. Kostenlose

Parkplätze stehen ebenfalls zur Verfügung. Wir freuen uns auf zahlreiche Besucher und ein gelungenes 43. SVP-Schiessen in Marthalen – «Guet Schuss»! Weitere Informationen: svp-schiessen.ch

Stefan Stutz,
Präsident SVP Bezirk Andelfingen,
Kantonsratskandidat und
Vizepräsident OK SVP-Schiessen 2026

Sie möchten inserieren? Dann melden Sie sich bei uns!

Die nötigen Infos und Kontaktdaten finden Sie auf der letzten Seite im Impressum.



43. Kantonales

SVP-Schiessen

12. / 26. - 27. Sept. 2026

Schützenhaus Marthalen
Schützehusstrass 7, 8460 Marthalen
ALLE SIND HERZLICH EINGELADEN!



Jetzt anmelden!

Zum Standort



Schiessbetrieb	Samstag, 12.09.26	09.00 - 16.00 Uhr
	Samstag, 26.09.26	09.00 - 16.00 Uhr
	Sonntag, 27.09.26	08.30 - 12.00 Uhr

Festansprachen & Absenden



Romaine Rogenmoser
Präsidentin des
Kantonsrats, SVP

Musikprogramm



Sa 26.9. 15:30–18:00:
Winti Fäger
So 10:00–14:00:
Echo vom Arni

Weitere Informationen
svp-schiessen.ch



Gold-Sponsoren

- DOHNER AG, Andelfingen
- Nägeli & Co Baugeschäft, Marthalen
- Stutz AG Baggerunternehmung, Marthalen



GESTALTUNGSPLAN NIEDERFELD WÜLFINGEN: NEIN!

Winterthur: Schützt Fruchtfolgeflächen!

Am 27. September stimmen die Winterthurer Stimmberechtigten über den Gestaltungsplan Niederfeld ab. Es gilt, ein Zeichen zum Schutz des Ackerlandes zu setzen.



Karl Spühler
Alt Bundesrichter SVP
Winterthur

Mit dem Gestaltungsplan sollen mehrere Hektaren bisher vorzüglichen Ackerbaulandes (Fruchtfolgeflächen FFF) in Wald umgewandelt werden. Damit soll Ersatz für den Wald gebildet werden, der infolge des Ausbaus der ARA gerodet wird. Die Notwendigkeit der Rodung wird nicht in Frage gestellt. Umstritten aber ist, dass mit dem Gestaltungsplan eine Ersatzaufforstung auf bisherigem geeignetem Ackerbauland vorgenommen werden soll. Die ARA wird auch von Nachbargemeinden genutzt; auf dem Gebiet derselben finden sich Flächen (z.B. an Abhängen), die ohne Verlust

von Fruchtfolgeflächen bestockt werden könnten. Damit könnte dem Erfordernis, dass die Ersatzaufforstung in der Nähe zu erfolgen hat, Rechnung getragen werden. Denn «unmittelbare» Nähe der Ersatzaufforstung verlangt das Gesetz nicht, und ausserdem würde eine solidarische Lastenverteilung erfolgen, dient doch die erweiterte ARA auch Nachbargemeinden.

Vernichtung von Ackerland?

In der heutigen Zeit ist es nicht verantwortbar, bestens geeignetes Ackerland zu vernichten. Es ist heute dringend geboten, die einheimische Versorgungssicherheit zu erhalten. Dies liegt nicht nur im Interesse der Bauern, sondern des ganzen Schweizer Volkes. Zudem ist zu bedenken, dass der vorgeschlagene Gestaltungsplan rechtlich keineswegs dem Raumplanungsgesetz und dem Waldgesetz entspricht. Diese Gesetze ver-

langen die Schonung unseres landwirtschaftlichen Kulturlandes. Auch beim Rodungersatz.

Waldgesetz und Raumplanungsrecht sind einzuhalten

Das Waldgesetz erlaubt sogar in Fällen, wie sie hier vorliegen, den Verzicht auf Ersatzaufforstung zum Schutz der Ackerflächen. Anzumerken bleibt, dass das Bundesgericht in einer weniger als 20 Kilometer von Winterthur entfernten ähnlichen Situation befunden hat, bei einer Interessenabwägung sei dem Schutz und Erhalt des Ackerlandes der grössere Stellenwert beizumessen als einer Ersatzaufforstung. Dies ist hier nicht der Fall. Nur ein NEIN führt zu besseren Lösungen. Setzen wir hier ein Zeichen! Es geht nicht nur um die Landwirtschaft, es geht um uns alle. Seien wir mit den Winterthurer Landwirten solidarisch.

AUF DEM MS «ETZEL»

Kantonsratswahlen 2027 – Wahlauftakt Bezirk Winterthur

Fast schon legendär sind die Zürichsee-Rundfahrten mit dem MS «Etzel». Gesponsert von einem anonymen Spender, finden immer wieder ganz spezielle Anlässe der SVP des Kantons Zürich auf diesem historischen Schiff statt.

Am 26. August 2026 durften die zwei Wahlkreise der SVP Bezirk Winterthur bei einer solchen Rundfahrt den Wahlkampf für die Kantonsratswahlen 2027 eröffnen. Die Kandidaten der Wahlkreise Winterthur Stadt und Winterthur

Land waren fast vollzählig an Bord. Viele Unterstützer aus den Sektionen und der kantonalen Parteileitung begleiteten die Kandidaten bei diesem Auftakt. Allen steht eine herausfordernde Zeit bis zu den Wahlen am 4. April 2027 bevor.

Viele Kandidaten, viel Parteiprominenz. Um niemandem Unrecht zu tun, werden bewusst keine Namen genannt. In den kommenden Monaten werden alle Protagonisten garantiert mit Namen und Gesicht einen hohen Bekanntheitsgrad erreichen.

Kandidaten präsentieren sich an Bord

Während das MS «Etzel» bei prächtigem Sommerwetter elegant über den ruhigen See glitt, stellten sich die ersten Kandidatinnen und Kandidaten nacheinander einzeln mit kurzen Ansprachen dem interessierten Publikum vor. Es zeigte sich sehr schnell: Die Findungskommissionen haben gute Arbeit geleistet. Jede persönliche Vorstellung wurde mit ehrlich verdientem Applaus gewürdigt.

Nach der ersten Vorstellungsrunde wurden feine Bratwürste vom Grill mit frischen Bürlis serviert. Die äusserst aufmerksame Bedienung versorgte alle Gäste auch stets mit Mineralwasser, Weisswein und Bier. Der kulinarische Genuss wurde von anregenden Gesprächen begleitet. Natürlich stand dabei die Politik im Vordergrund. So viele SVP-Mitglieder zusammen auf einem Schiff sind gleichermassen Inspiration und Wohlfühlloase.

Eine starke Auswahl für den Kantonsrat

Es folgte die zweite Runde der persönlichen Vorstellungen der Kandidatinnen und Kandidaten. Nach der ersten Runde waren die Erwartungen hoch gesteckt. Zu Recht, denn erneut wurden die Zuhörer mit kurzen, knackigen und informativen Ansprachen verwöhnt, die viel Applaus verdienten.

Das MS «Etzel» war längst wieder auf dem Heimweg und liess seine Gäste die Schönheit der Landschaft in der Abenddämmerung noch einmal intensiv erleben. Der Wahlkampfauftakt war perfekt gelungen. Das Ziel, mit den Kandidaten der SVP Bezirk Winterthur einen zusätzlichen Sitz im Kantonsrat zu erobern, haben alle Teilnehmer verinnerlicht. Die Herausforderung ist angenommen, die Arbeit kann beginnen.

Ein grosses Dankeschön geht an die Organisatoren dieses Anlasses, an die Kandidatinnen und Kandidaten, an die Mannschaft des MS «Etzel» und an den anonymen Spender, der diese wunderbare Fahrt ermöglicht hat.

Richard Müller,
Wiesendangen

Bild: zVg

Alle einsteigen, bitte.

Bild: zVg



Wir sind bereit für den Wahlkampf! KR René Isler mit Rahel Fritschi, KR-Kandidatin und Präsidentin SVP Bezirk Winterthur.

BLOCHERS KLARTEXT

Tiere in Sommernächten

Wer wie ich die zweite Sommerhälfte zuhause statt im Stau am Gotthard verbracht hat, konnte sich über viel Ruhe freuen. Ich genoss die warmen Abende und Nächte in fast vollkommener Stille. Weil so viele Mitbewohner in den Ferien weilten, erlebte ich eine faszinierend schweigsame Landschaft. Was dann umso mehr Beobachtungen der emsigen Tierwelt ermöglichte.



Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Die Tiere rund um unser Haus sind nämlich nicht in die Ferien verreist. Sie flattern, fliegen, rennen und kriechen umso hörbarer. Als wir an unseren heutigen Wohnort gezogen sind, wurden wir vor den Krähen gewarnt: Sie würden sich in Scharen einfinden und furchtbaren Krach veranstalten. Weil sie bei uns den Fensterkitt herauspickten, wurden sie von meiner Frau anfänglich mit Pfannendeckeln vertrieben. Schliesslich blieben die aggressiven, lärmenden Tiere weg, dafür richtete sich ein monogam lebendes Rabenpaar ein, das seither als brütende Eltern sein Territorium erbittert verteidigt – selbst gegen die grösseren

Mäusebussarde und Milane. Ich schaue ihnen gerne zu, genau wie den Amseln, Bachstelzen, Rotkehlchen und wie die fliegenden Gäste alle heissen. Eines Morgens war unser Rasen massiv aufgewühlt, und wir befürchteten, er sehe mit der Zeit aus wie ein Acker. Der Wildhüter vermutete Dachse auf der Jagd nach verborgenen Würmern. Er stellte eine Falle und benützte als Köder rohes Fleisch. Am ersten Morgen fand sich in der Falle eine Katze, die sichtlich froh war, als wir sie wieder springen liessen. Am zweiten Morgen lag in der Falle mit Äpfeln und Traubenbeeren ein zusammengerollter Igel, am dritten ein junger Fuchs. Auch er entwich mit grosser Erleichterung in die Freiheit, obwohl uns das, was die Füchse in Hausnähe hinterlassen, nicht besonders freut. Doch der gesuchte Dachs war nie drin und zeigte sich auch nicht mehr. Welch wunderbares Treiben der Tierwelt in der Nacht!

SVP WINTERTHUR

SVP Winterthur will dritten Kantonsratssitz erobern

Die Generalversammlung der SVP Winterthur hat die Liste mit den Kandidatinnen und Kandidaten für den kommenden Kantonsratswahlkampf beschlossen.

Die SVP will bei den Kantonsratswahlen einen dritten Sitz erobern. Die Kantonsräte René Isler und Thomas Wolf kandidieren erneut. Mit den Stadtparlamentariern Christian Hartmann und Marco Graf sowie Manuel Zaroni, dem Vizepräsidenten der Stadtpartei, engagieren sich drei erfahrene Persönlichkeiten auf den Plätzen 3 bis 5 für einen zusätzlichen Kantonsratssitz. Eine starke Vertretung der Stadt Winterthur zur Wahrung ihrer Interessen im Kantonsrat ist für die SVP sehr wichtig: – Offene Hauptverkehrsachsen, damit Gewerbetreibende sowie Winterthurerinnen und Winterthurer in der Stadt vorankommen. – Weniger Dichtstress: Winterthur darf nicht zum Spielball kantonaler Wachstumspolitik werden.

– Tragbare Energiekosten durch vernünftige Vorschriften statt ideologischen Zwang. – Erhalt von Ackerflächen zur regionalen Lebensmittelversorgung.

Die Liste für den 4. April 2027:

1. René Isler, bisher
2. Thomas Wolf, bisher
3. Christian Hartmann, neu
4. Marco Graf, neu
5. Manuel Zaroni, neu
6. Jan Ehrbar, neu
7. Claudio Kuhn, neu
8. Gabriella Gisler, neu
9. Philipp Angele, neu
10. Sabrina Drosig, neu
11. Tim Kramer, neu
12. Marcel Ochsner, neu
13. Michael Gross, neu

Jetzt anmelden!

Zum Alträte-Treffen
am Mittwoch, 30. September 2026

Ab 9.45 Uhr bis ca. 15.00 Uhr
WIN4 Ballsport-Arena Winterthur

Die Anmeldung erfolgt durch Einzahlung von mind. Fr. 80.- (alles inkl.) auf das SVP-Konto IBAN CH91 0900 0000 8006 5920 6 mit dem Vermerk „Ehemalige“

Fragen an: Theres Weber-Gachnang,
Telefon: 079 433 14 78, t.f.weber@bluewin.ch



Fadegrad



von
Manuel Zanoni

Selbstkreierte Probleme

Nun konnte selbst der schweizerische Lehrerverband die Probleme nicht mehr abstreiten – Lehrpersonen sehen die schulische Integration von Beeinträchtigten kritisch. Dieses Ergebnis der Mitgliederumfrage hat hohe Wellen geschlagen. Bei genauem Hinsehen ist die Ablehnung noch stärker als in vielen Medien diskutiert: Lehrpersonen, die tatsächlich an der Front im Einsatz stehen, empfinden die schulische Integration als deutlich höhere Belastung als Schulleitungen oder das «derzeit nicht unterrichtende» Lehrpersonal. Hätte man auch Lehrpersonen in die Umfrage miteinbezogen, die keine Mitglieder des Verbands sind, wäre die Ablehnung wahrscheinlich noch stärker ausgefallen. Nachdem der Lehrerverband die Probleme jahrelang kleingeredet hat, fühlten sich viele Lehrpersonen nicht mehr von ihm vertreten. Trotz dieser vernichtenden Resultate sieht die Präsidentin vor allem fehlende Ressourcen – sprich zu wenig Geld – als Hauptgrund. Echte Einsicht tönt anders! Gemäss OECD-Daten hat die Schweiz mit ihren hohen Ausgaben pro Schüler kaufkraftbereinigt bereits heute eines der teuersten Bildungssysteme. Diese sind stark angestiegen. Trotz der immer höheren Ausgaben beklagt sich die Wirtschaft über einen massiven Leistungsabfall bei den Grundkompetenzen Schreiben und Mathematik. Jedes fünfte Unternehmen will darum in Zukunft weniger Lehrlinge einstellen, wie eben bekannt wurde. Das ist alarmierend, bleibt doch Bildung unsere wichtigste Ressource. Jahrelang wurde behauptet, dass Integration gleich teuer wie oder günstiger als Separation sei und bessere Leistungen bringe. Nun fliegen uns die Kosten und die negativen Auswirkungen dieser ideologischen Politik um die Ohren. Im Kanton Zürich fordern vor allem linke Politiker höhere Löhne für die Lehrerschaft. Ende September stimmen wir deshalb darüber ab, ob über die teure Anpassung des Berufsauftrags die Löhne des Zürcher Lehrpersonals nochmals erhöht werden. Die Lehrtätigkeit benötige heute viel mehr Zeit, so die Befürworter. Dabei ist dieses Zeitproblem durch das Vorantreiben der schulischen Integration und weiterer wenig durchdachter Reformen der letzten Jahre mehrheitlich von denselben Politikern kreiert. Damit spielen sie Feuerwehr bei einem Brand, den sie selbst gelegt haben. Dabei leisten unsere Lehrpersonen tagtäglich im Schulzimmer wertvolle Arbeit, die vollste Wertschätzung verdient. Anstatt die Zeitprobleme einfach mit Geld zuzukleistern, kann die Entlastung der Lehrpersonen auch auf anderem Weg erreicht werden, indem man die unsinnigsten Reformen der letzten Jahre rückgängig macht, die Bildungsbürokratie zurückstutzt und die schulische Integration auf ein vernünftiges Mass zurückschraubt. Ein NEIN zur verdeckten Lehrerlohnerhöhung am 27. September ist ein erster Schritt!

FRAKTIONSERKLÄRUNG DER SVP-GEMEINDERATSFRAKTION

Stadtrat untergräbt den Rechtsstaat

Rund hundert verummte Personen aus vorwiegend linksextremen Kreisen besetzten einen der bekanntesten und historisch bedeutendsten öffentlichen Orte unserer Stadt. Sie riegelten das Gelände ab und erklärten kurzerhand, dass sie den Lindenhof für ihre politischen Zwecke bis Sonntag in Beschlag nehmen wollten. Und was macht der Zürcher Stadtrat? Er toleriert es!



Stephan Iten
Fraktionspräsident SVP
Zürich

Ein fatales Signal. Der Lindenhof gehört nicht einer selbsternannten linksautonomen Szene! Er gehört den Zürcherinnen und Zürchern. Er gehört den Familien, den Touristen, den Spaziergängern und allen Menschen, die diesen öffentlichen Ort legal und friedlich nutzen wollen. Doch in Zürich gilt offenbar immer öfter: Wer sich an die Regeln hält, wird mit Auflagen und Vorschriften konfrontiert. Wer verummmt auftritt, ein Haus oder einen öffentlichen Platz besetzt, wird von der rotgrünen Stadtregierung geduldet. Diese Zweiklassengesellschaft im Rechtsstaat akzeptiert die SVP nicht. Besonders stossend ist: Noch im vergangenen Jahr ging die Stadtpolizei gegen versuchte linksautonome Besetzungen entschieden vor. Heute wird die Besetzung eines historischen öffentlichen Platzes nach Rücksprache mit der politischen Führung toleriert. Die Frage drängt sich auf: Was hat sich geändert? Die Rechtsordnung oder der politische Wille? Für die SVP ist klar: Eine illegale Besetzung darf nicht zum tolerierten Wochenendprogramm werden! Der öffentliche Raum darf nicht jenen gehören, die am lautesten schreien, sich

verummten und bereit sind, geltendes Recht zu missachten. Wenn der Staat bei solchen Aktionen wegschaut, ermutigt er Nachahmer. Stadträtin Karin Rykart liess die Besetzer mit einem verlegenen Verweis auf «Verhältnismässigkeit» gewähren. «Verhältnismässigkeit» ist ein unabdingbares Prinzip des Rechtsstaates. Doch dieses darf nicht angeführt werden, um eine politisch nahestehende Klientel zu schützen. Wer illegale Besetzungen duldet, wird zum politischen Schutzpatron der Gesetzesbrecher. Genau dieses Signal sendet Stadträtin Rykart mit ihrem Entscheid. Einmal mehr beweist sie, dass sie nicht gewillt ist, den Rechtsstaat konsequent durchzusetzen, sondern ihren eigenen politischen Nei-

gungen freien Lauf lässt: Linksextreme werden geschont, während Konservative in ihren politischen Rechten eingeschränkt werden. Das zeigte sich etwa beim «Marsch fürs Läbe» 2019 und 2021: Die Einschränkungen mussten von den Aufsichtsbehörden korrigiert werden. Wir fordern Stadträtin Rykart deshalb auf:

- keine politisch willkürlichen Entscheide mehr zu treffen;
- den Rechtsstaat durchzusetzen, unabhängig davon, wen es trifft;
- keine Sonderrechte für linksautonome Aktivisten zu gewähren; und
- eine Nulltoleranz gegenüber illegalen Besetzungen im öffentlichen Raum.

Zürich darf nicht zu einer Stadt werden, in welcher die Exekutive entscheidet, für wen Gesetze gelten und für wen nicht. Der Rechtsstaat gilt für alle, oder er erodiert.

SVP USTER

Grill, klare Parolen und starke Kandidaten aus Uster

Die SVP Uster nutzte ihren traditionellen Grillplausch mit anschliessender Parteiversammlung im Forsthaus Uster für einen gelungenen politischen Auftakt nach der Sommerpause. Als Gast durfte die Sektion Nationalrat Mauro Tuena begrüssen. Im Zentrum standen die Abstimmungen vom 27. September 2026 sowie die kommenden Behörden- und Kantonsratswahlen.

Beim gemeinsamen Grillieren blieb genügend Zeit für persönliche Gespräche und den Austausch unter Mitgliedern, Behördenvertretern und Kandidierenden. An der anschliessenden Parteiversammlung informierte die Parteileitung über die laufenden politischen Arbeiten und gab vertiefte Einblicke in aktuelle Geschäfte der SVP Uster. Nationalrat Mauro Tuena ordnete die bevorstehenden Abstimmungsvorlagen aus bürgerlicher Sicht ein. Die Haltung der SVP Uster ist klar: Kantonal NEIN

«JA zur Neutralitätsinitiative, damit die Schweiz unabhängig bleibt.»

zum Lehrpersonalgesetz, das den Gemeinden noch höhere Lohnkosten aufbürdet, ohne die Schulen wirksam zu entlasten. Eidgenössisch JA zur Neut-

ralitätsinitiative, damit die Schweiz unabhängig bleibt und nicht in fremde Konflikte hineingezogen wird.

Zwei starke Kandidaturen für die Sekundarschulpflege

Am 27. September 2026 wird auch die Sekundarschulpflege für die Amtsdauer 2027–2030 neu gewählt. Die SVP Uster tritt mit Margrit Bucher und Ueli Schmid an. Ueli Schmid kandidiert zusätzlich für das Präsidium. Beide treten gemeinsam mit den weiteren Kandidaten des überparteilichen Wahlvorschlags zur Wahl an. Auch mit Blick auf die Kantonsratswahlen vom 4. April 2027 ist die SVP Uster gut aufgestellt: Auf der 16-köpfigen SVP-Liste im Bezirk Uster stammen gleich fünf Kandidaten aus Uster: die bisherige Kantonsrätin Anita Borer sowie Benjamin Streit, Désirée Gruber, Andres Ott und Marco Beerstecher. Alle fünf waren am Anlass anwesend. Dies

zeigt die Stärke der Sektion und ihre Bereitschaft, auch über die Gemeindegrenzen hinaus politische Verantwortung zu übernehmen.

Die SVP Uster startet mit klaren Parolen, engagierten Kandidaten und einer starken lokalen Verankerung in den politischen Herbst – in Uster, für Uster: volksnah, bodenständig und bürgerlich.

Daniel Schnyder,
Gemeinderat und Präsident SVP Uster



Sektionspräsident Daniel Schnyder (l.) mit Nationalrat Mauro Tuena. Bild: zVg

AUS DEM KLOTENER GEMEINDERAT

Von Microsoft abmelden, Geld sparen

Software aus den USA, Daten in fremden Clouds, Lizenzen von Konzernen, die ihre Dienstleistungen jederzeit kündigen oder verteuern können. Was passiert, wenn ein amerikanischer Konzern den Hahn zudreht?



Marco Brunner
Fraktionspräsident SVP
Kloten

Die Frage ist nicht hypothetisch. Der Internationale Strafgerichtshof erfuhr es am eigenen Leib, als Microsoft die E-Mail-Konten sanktionierter Mitarbeitender

einfach sperrte. Wenn ein Weltgericht digital entmündigt werden kann, dann ist es bei einer Gemeinde wie Kloten ein Kinderspiel. Unsere Verwaltung hütet Personaldossiers, Bauakten, Finanzdaten, steuerliche Informationen von Tausenden Bürgerinnen und Bürgern. Diese Daten zu schützen, ist schlicht Staatsräson. Wer seine Bürger ernst nimmt, sorgt dafür, dass ihre Daten in der Schweiz liegen und nicht nach Washington unter dem Cloud Act abgezogen werden können.



Wir müssen sicherstellen, dass unsere Daten in der Schweiz liegen und nicht nach Washington abgezogen werden können. Bild: SVP Kanton Zürich

Effizienz und Kosten, die zählen

Kopenhagen und Aarhus, die zwei grössten Städte Dänemarks, haben Microsoft-Produkte durch Open-Source-Alternativen ersetzt. Das dänische Digitalisierungsministerium hat über die Hälfte seiner Mitarbeitenden auf LibreOffice umgestellt. Das deutsche Bundesland Schleswig-Holstein hat 80 Prozent seiner Arbeitsplätze umgestellt und spart dadurch ab 2026 mehr als 15 Millionen Euro an Lizenzkosten pro Jahr, bei Investitionen von rund neun Millionen Euro. Genau hier liegt die eigentliche Chance für unsere Verwaltung. Jeder Franken, der heute in überteuerte Lizenzmodelle für Briefe, Tabellen und Präsentationen fliesst, ist ein Franken, der bei Strassen oder Sicherheit fehlt. Open-Source-Software produziert keine Lizenzkaskade, die mit jedem Mitarbeiter und jeder neuen Applikation automatisch steigt. Sie ist transparent, sie ist auditierbar, sie macht uns von einzelnen Konzernen unabhängig. Und sie passt zu einem Prinzip, das wir in Kloten schon immer vertreten haben: Selbstbestimmung. Die Digitalstrategie der Stadt muss deshalb eine einfache Frage beantworten: Wie trennen wir uns kontrolliert von Abhän-

gigkeiten, die uns weder nützen noch billiger sind? Dazu gehören klare Angaben, wo unsere Daten liegen, was sie kosten und wie schnell wir den Wechsel schaffen würden.

Souverän ist, wer selbst entscheiden kann

Wenn die Stadt Kloten sparen will, dann beginnt das nicht bei der Feuerwehrausrüstung oder bei den Strassenbauprojekten, sondern bei den Abhängigkeiten, die sich in Jahren aufsummiert haben. Die SVP Kloten misst die Antworten der Verwaltung genau an dieser Elle und erwartet den Nachweis, dass unsere digitale Verwaltung Steuerfranken spart und gestärkt wird, statt dass auf Kosten der Bürger mit ihr experimentiert wird. Unsere Verwaltung hat in den letzten Jahren mit dem Rollout von M365 und der Digitalstrategie gute Arbeit geleistet. Niemand wirft ihr Unfähigkeit vor. Doch die Karten werden neu gemischt. Open Source ist inzwischen zuverlässig, sicher und in der Praxis erprobt. Wer heute eine Ausbaustufe plant, sollte prüfen, ob er seine Zukunft noch länger einem einzelnen Konzern anvertraut. Exit-Strategien, Datenstandorte, Einsparpotenziale: Diese Fragen gehören auf den Tisch, bevor wir neu investieren.

SVP BEZIRK ANDELFINGEN

Zu Besuch auf der Baustelle der A4

Zwischen Kleinandelfingen und der Verzweigung Winterthur Nord wird die bestehende zweispurige A4 auf vier Spuren ausgebaut. Die SVP Bezirk Andelfingen besuchte die Baustelle.

RoMü. Wer das Besucher- und Informationszentrum direkt unter der Weinlandbrücke in Andelfingen besucht, kann sich sehr übersichtlich viele Informationen über die aktuelle A4, aber auch über die Geschichte dieser Autobahn zwischen Kleinandelfingen und der A1 aneignen. Auch die 1958 eingeweihte Weinlandbrücke im Norden und das völlig durch die A4 zweigeteilte Hettlingen sind Teile dieser Dokumentation. In der Zwischenzeit sind bereits drei Ausbauschritte erfolgt. Vor just 30 Jahren wurden im Süden die neue Linienführung ab Henggart bis zur A1 und im Norden der Cholfirsttunnel samt der Schaffhauser Stadttangente eingeweiht. Im Oktober 2000 folgte die Einweihung der neuen A4 zwischen Kleinandelfingen und Henggart, wobei der Bau einer zusätzlichen Brücke und einer regionalen Ortsverbindungsstrasse nötig wurde. Wiederum zehn Jahre später wurde die auf vier Spuren zur Miniautobahn ausgebaut Nationalstrasse zwischen Kleinandelfingen und Flurlingen in Betrieb genommen. Nun wird der Abschnitt zwischen Kleinandelfingen und der Verzweigung Winterthur Nord auf vier Spuren ausgebaut. Gesamthaft werden dafür rund 350 Millionen Franken investiert. Die Arbeiten sind seit Mai 2025 im Gang. Bereits ist ein Grossteil der benötigten Kunstbauwerke wie die verschiedenen Wildübergänge oder die kurzen Tunnelabschnitte erstellt. Kürzlich hat die SVP Bezirk Andelfingen an ihrem traditionellen unpolitischen Sommerabendplausch zu einer Baustellenbesichtigung mit Start beim Informationszentrum eingeladen.

Bauarbeiten schreiten zügig voran
«Wir bauen jetzt zuerst die beiden neuen Spuren, sodass im kommenden Jahr der Verkehr über diese geführt werden kann», erklärte Frédéric Mohr. Er gehört zum Team «ASTRA/Bauleitung» und stellte das Projekt vor. Bei der Brücke «Oberwingerten», welche rund 800 Meter südlich der Weinlandbrücke liegt und aktuell die tiefergelegte A4 sowie die Regionalstrasse überquert, befindet sich eine grössere Baustelle. Die rund 33 Meter lange Brücke mit zwei Pfeilern verbindet das beidseitig der A4 gelegene Flurstrassennetz. Sie war Ende des letzten Jahrhunderts bereits so gebaut worden, dass sie auch für die beiden weiteren Spuren genügend Raum geboten hätte. In diesem Abschnitt liegen die A4 und die Regionalstrasse in einem Einschnitt und zugleich in einer Kurve. Entsprechend weisen die beiden Strassen ein seitliches Gefälle auf die Westseite aus. Hier wird nun mit einem Abstand von mehreren Metern auf der Nordseite die neue Brücke erstellt. Entsprechend wundern sich in den letzten Monaten immer wieder viele Leute, warum die bestehende Brücke nun abgebrochen und durch eine neue ersetzt wird, obwohl ein weiteres Brückenfeld bereits vorhanden ist. Doch seit der Planung sind über 30 Jahre vergangen und auch die Vorgaben haben sich entsprechend geändert. «Das geforderte Profil lässt sich unter der bestehenden Brücke nicht mehr umsetzen», führte Mohr aus. Deshalb wurde ein Neubau nötig, der nur noch auf einem Pfeiler steht und die vier Fahrspuren der A4 pfeilerfrei über-

quert. Die neue Brücke wird auch rund sechs Meter länger und die beiden neuen Widerlager stehen auf deutlich tiefer im Boden liegenden Fundamenten. «Ein Tieferlegen der vier Spuren hätte weitaus grössere Kosten verursacht», hielt Mohr fest. Aktuell steht die Schallung für die neue Brücke. Mohr geht davon aus, dass dieses Bauwerk im Spätherbst vollendet sein wird. In der Folge kann die alte Brücke abgebrochen werden.

Adliker Unterführung bald wieder offen

Seit einigen Monaten ist die Unterführung zwischen der Andelfinger Regionalstrasse und Adlikon bei der Raststätte gesperrt, damit die bestehende Unterführung für die beiden neuen Spuren verbreitert werden kann. Dies macht mehrere Umleitungen notwendig. Damit wird gemäss Mohr aber bald Schluss sein. Sobald die Bauarbeiten abgeschlossen sind, kann sie wieder geöffnet werden. Die jetzt noch geöffnete Unterführung «Chrüzlen» an der Gemeindestrasse zwischen Adlikon und Andelfingen wird dann gesperrt, damit auch sie für die beiden neuen Spuren verlängert werden kann. Positive Signale kamen abschliessend von Mohr betreffend die neue Brücke über die Thur, welche etwas mehr als 40 Millionen Franken kosten wird. Die Beschwerdefrist für den zweiten Vergabeentscheid ist abgelaufen. Mit der Vergabe an die Arbeitsgemeinschaft, an der auch das Andelfinger Bauunternehmen Landolt beteiligt ist, kommt auch ein Teil des Arbeitsvolumens ins Weinland.

SVP BEZIRK DIELSDORF

SVP Bezirk Dielsdorf greift nach dem fünften Sitz

Am Montagabend, 24. August 2026, hat die SVP Bezirk Dielsdorf im «Hirschen» in Regensdorf elf Kandidierende für die Kantonsratswahlen vom 4. April 2027 nominiert. Das erklärte Ziel ist der fünfte Kantonsratsitz.

«Vor vier Jahren haben wir einen Sitz verloren. Diesen wollen wir zurückgewinnen», sagte Bezirksparteipräsident und Alt Kantonsrat Jürg Sulser aus Otelfingen an der Delegiertenversammlung. Die Liste ist bewusst breit aufgestellt: fünf Frauen, sechs Männer, elf Persönlichkeiten aus neun Gemeinden – vom Stadlerberg über das Wehntal bis ins Furttal und nach Rümlang. Vier Bisherige treten erneut an, sieben Kandidierende sind neu. Zwischen der jüngsten Kandidatin, der 24-jährigen Sabrina Frête aus Stadel, und dem erfahrensten Kandidaten mit 64 Jahren liegen vier Jahrzehnte Lebenserfahrung.

Ein Team aus allen Ecken des Bezirks

Die vier Bisherigen bringen jene Erfahrung mit, die es im Kantonsrat braucht, um Mehrheiten zu schaffen. Stefan Schmid (Niederglatt) ist Wirtschaftsformatiker und Gemeindepräsident seiner Wohngemeinde – er kennt die kantonale Bühne so gut wie die Sorgen an der Gemeindeversammlung. Karl Heinz Meyer (Neerach), Ingenieur und selbstständiger Unternehmer, hat sich im Rat in Finanzfragen einen Namen gemacht; wer den Steuerzahler ernst nimmt, muss die Zahlen lesen können. Markus Bopp (Otelfingen) führt einen Landwirtschaftsbetrieb und vertritt als Agronom die Anliegen der produzierenden Landwirtschaft – eine Stimme, die in Zürich zunehmend leiser wird und darum umso lauter gebraucht wird. Beatrice Derrer (Hüttikon) verbindet als Landwirtin, Treuhänderin und Gemeindepräsidentin drei Perspektiven, die selten in einer Person zusammenkommen.

Dazu kommen sieben weitere Persönlichkeiten aus dem Bezirk. Fabian Schenkel (Hüttikon) ist Betriebsökonom FH sowie Finanz-, IT- und Liegenschaftenvorstand in seiner Gemeinde. Sara San-

giacomo (Niederhasli) ist selbstständige Unternehmerin und engagiert sich für Familien und Vereine. Nicole Schneeberger (Oberweningen) ist Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei und berät Privatpersonen wie Unternehmen im Wirtschaftsrecht – Sachverstand, der bei jeder Gesetzesberatung gefragt ist. Raphael Albrecht (Regensdorf) führt als Geschäftsführer der Hiltebrand & Früh AG ein Elektroinstallationsunternehmen im Bezirk und weiss, was Bürokratie ein KMU kostet. Arzu Markwalder-Elcarpar (Rümlang) ist Projektleiterin im Bauwesen und sitzt neu in der Rechnungsprüfungskommission ihrer Gemeinde. Sabrina Frête (Stadel) arbeitet in einer Gemeindeverwaltung und engagiert sich in der Ortspartei – sie kennt den Staat von innen und weiss, wo Vorschriften

unnötig bremsen. Mike Glättli (Niederglatt) präsidiert die Ortspartei seiner Gemeinde.

Gemeinsam ist ihnen allen eines: Sie packen dort an, wo sie leben – im Gemeinderat, im Betrieb, im Verein, auf dem Hof.

- Die Liste für den 4. April 2027:
1. Stefan Schmid, Niederglatt (bisher)
 2. Karl Heinz Meyer, Neerach (bisher)
 3. Markus Bopp, Otelfingen (bisher)
 4. Beatrice Derrer, Hüttikon (bisher)
 5. Fabian Schenkel, Hüttikon (neu)
 6. Sara Sangiacomo, Niederhasli (neu)
 7. Nicole Schneeberger, Oberweningen (neu)
 8. Raphael Albrecht, Regensdorf (neu)
 9. Arzu Markwalder-Elcarpar, Rümlang (neu)
 10. Sabrina Frête, Stadel (neu)
 11. Mike Glättli, Niederglatt (neu)



v.l.n.r.: Hintere Reihe stehend: Markus Bopp, Otelfingen; Fabian Schenkel, Hüttikon; Nicole Schneeberger, Oberweningen; Mike Glättli, Niederglatt; Karl Heinz Meyer, Neerach; Arzu Markwalder-Elcarpar, Rümlang; Sara Sangiacomo, Niederhasli. Vorne sitzend: Raphael Albrecht, Regensdorf; Sabrina Frête, Stadel; Beatrice Derrer, Hüttikon; Stefan Schmid, Niederglatt.

Bild: zVg

SVP WEININGEN

«Neutralität – ein Grundpfeiler der Schweiz, der dazugehört wie der richtige Deckel auf die Pfanne»

Am 18. August versammelte sich der SVP-Stamm im Schlössli Weiningen zu einem spannenden und lebhaften Anlass, der über 35 interessierte Zuhörer anzog. Im Zentrum der Veranstaltung stand das Thema «Neutralität – ein Grundpfeiler der Schweiz, der dazugehört wie der richtige Deckel auf die Pfanne». Mit dieser bildhaften Metapher wurde die essenzielle Bedeutung der Neutralität für unser Land gleich zu Beginn greifbar gemacht.

Ein besonderes Highlight des Abends war der Beitrag von SVP-Nationalrätin Therese Schläpfer aus Hagenbuch. Sie beleuchtete engagiert die bevorstehende Abstimmung zur Neutralitätsinitiative am 27. September. Die in der Diskussion eingebrachten Meinungen waren vielfältig, doch sehr bald kristallisierte sich ein klares Ja heraus – als Ausdruck der Verteidigung einer der wichtigsten Säulen der schweizerischen Identität. Der Grundtenor: Neutralität ist nicht nur eine politische Haltung, sondern Bestandteil unseres Selbstverständnisses und Schutzschild in einer zunehmend unübersichtlichen Welt.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung nahm der parteilose Weininger Gemeindepräsident Mario Okle Stellung zum Lehrpersonalgesetz, über das ebenfalls an der kantonalen Abstimmung entschieden wird. Auch hier entbrannte eine rege und emotionale Debatte. Okle und viele weitere Gäste sprachen sich klar gegen die Gesetzesänderungen aus. Ihre Argumente: Die angestrebten Mehrkosten von rund 67 Millionen Franken für die Gemeinden sind weder nachhaltig noch nachvollziehbar gerechtfertigt. Vielmehr bleiben die eigentlichen Probleme ungelöst. Zudem kritisierten sie die fehlende Mitbestimmung der Gemeinden – bezahlen sollen sie, ohne in den Entscheidungsprozess eingebunden zu sein. Über 100 Gemeinden haben sich dieser Auffassung angeschlossen, was die breite Ablehnung verdeutlicht.

Der Abend war geprägt von intensiven Wortmeldungen und einem offenen Meinungsaustausch, der zeigte, wie



Sektionspräsident Roman Fleisch mit Nationalrätin Therese Schläpfer. Bild: zVg

wichtig es den Beteiligten ist, nicht nur zuzuhören, sondern auch aktiv mitzudiskutieren und ihre Sichtweisen einzubringen. Die Atmosphäre war trotz der kontroversen Themen durchwegs respektvoll und konstruktiv.

Zum Abschluss gab es für alle Anwesenden eine gemütliche Runde mit Würstchen und Brot. Das Beisammensein bot Raum für weitere Gespräche und das Vertiefen neu gewonnener Eindrücke in entspannter Stimmung.

Alles in allem war der Abend im Schlössli Weiningen ein gelungenes Beispiel für lebendige Demokratie vor Ort. Die klare Haltung zur Neutralitätsinitiative und die kritische Betrachtung des Lehrpersonalgesetzes machten deutlich, wie sehr sich die Menschen für die Zukunft ihres Kantons und ihres Landes engagieren – verbunden durch die Überzeugung, dass Neutralität und verantwortungsbewusste Entscheidungen unverzichtbare Grundlagen unseres Zusammenlebens sind.

Vorstand SVP Weiningen

KANTONSRAATSWAHLEN 2027

Die SVP steht ein für einen starken Bezirk Meilen

Die SVP Bezirk Meilen nominierte an ihrer Delegiertenversammlung im Kirchgemeindesaal in Zollikon ihre Kantonsratsliste für die Kantonsratswahlen vom 4. April 2027. Die Liste wurde von rund 60 Delegierten einstimmig abgenommen. Das Hauptziel ist ein vierter Kantonsratsitz.

Unser Bezirk Meilen steht für Lebensqualität, wirtschaftliche Stärke und eine einzigartige Landschaft. Doch dieser Wohlstand ist keine Selbstverständlichkeit. Er ist das Resultat von harter Arbeit, Eigenverantwortung und einer massvollen Politik. Die SVP des Bezirks Meilen setzt sich konsequent dafür ein, dass dies so bleibt. Die Kantonsräte unseres Bezirks wehren sich gegen die schleichende Überregulierung aus Zürich und Bern, die unsere Gemeinden und die lokalen Unternehmen unnötig belastet. Steuergelder müssen sorgfältig verwaltet und die Steuerbelastung für Familien sowie KMU tief gehalten werden. Nur so sichern wir Arbeitsplätze direkt vor unserer Haustür. Sicherheit, eine kontrollierte Zuwanderung und der Erhalt unserer direkten Demokratie sind das Fundament unserer Zukunft.

Die Delegierten der SVP des Bezirks Meilen haben für die Kantonsratswahlen vom Frühling 2027 ihre Kantonsratsliste verabschiedet. Diese wird angeführt von Domenik Ledergerber (bisher), Landwirt und Geschäftsführer des Schlattguts in Herrliberg, politisch profiliert als Präsident der SVP des Kantons Zürich. Es folgt die ebenfalls bisherige Kantonsrätin Marion Matter (Meilen), Kauffrau, Verwaltungsrätin der Matter Group und Stiftungspräsidentin der Stiftung El Refugio. Bereits längere Erfahrung als Kantonsrat konnte Tumasch Mischol (Hom-

brechtikon) sammeln, im Hauptberuf Gemeindeschreiber in Herrliberg.

Auf Listenplatz vier kandidiert André Hartmann, Geschäftsführer von Condair (Schweiz) sowie Finanzvorstand in Zumikon. Tobias Freitag (Herrliberg) ist Betriebsökonom bei einem Software-Entwickler und Gemeinderat, Marc Wachter (Zumikon) Geschäftsstellenleiter von Raiffeisen in Zollikon und Bezirksparteipräsident. Es folgen Adrian von Burg, Mitglied des oberen Kaders eines Unternehmens für Immobilienmanagement und Gemeinderat in Küsnacht, sowie Raphael Bürgi (Uetikon am See), Betriebswirtschaftler bei der Swiss Re und Präsident seiner Ortspartei. Der Jurist Lukas Bubb ist Bereichsleiter Versicherungsberatung bei einem Finanzdienstleister und Präsident der SVP Stäfa.

Die Zollikler Rechtsanwältin Sibylle Lehner arbeitet als Partnerin in einer Kanzlei. Nicolas Bandle (Küsnacht) hat einen Executive Master in Marketing und Sales, ist Vertriebsleiter und präsidiert die örtliche SVP. Der Landwirt Erich A. Schärer bewirtschaftet seinen Hof in Oetwil am See, ist Gemeinderat und Präsident des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins. Die SVP des Bezirks Meilen hofft, mit diesen zwölf ausgewiesenen Kandidaten einen vierten Sitz zurückzuerobern.

Marc Wachter, Präsident SVP Bezirk Meilen

SVP DIGITAL



Teleblocher
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





In den Sumpfen von Bern
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.





Weltwoche daily
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.





SVP des Kantons Zürich
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!





Wortwächsel
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.





Jobs
Möglichkeiten, für die SVP zu arbeiten.



SVP STAMM

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-bachenbuelach.ch.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüli, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

Bezirk Hinwil/Dürnten
Jeden ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Arcade Restaurant und Bar, Bubikonstrasse 43A, Dürnten.

Bezirk Horgen/Adliswil
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Meilen/Stäfa
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00 – 22.00 Uhr, mit Nachtessen, Lokalität gemäss www.svp-staefa.ch.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00 – 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 14.30 – 17.00 Uhr, Restaurant Stella del Centro, Uschter 77, Zürichstrasse 1, Uster.

Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss https://event.evagic.com/svp-uster.

Stadt Winterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00 – 12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Bülach/Wil
Sonntag, 25. Oktober 2026, 10.00 Uhr, Frühschoppen, Weingut, Sonnenberg 1, Wil.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf
Freitag, 11. September 2026, 18.30 Uhr, Polit-Grill, Waldhütte Ettenberg, Howielstrasse 27, Birmensdorf, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel. Anmeldung an yannik.haelg@svp-birmensdorf.ch oder 076 434 22 34.

Bezirk Meilen/Meilen
Freitag, 4. September 2026, 14.00 – 20.30 Uhr, SVP-Stand am Meilemer Herbstmärt, Kirchgasse, Meilen.

Bezirk Pfäffikon/Russikon
Freitag, 18. September 2026, 18.30 Uhr, Herbstparty, Schützenhaus, Schützenhof 5, Russikon, mit Nationalrätin Barbara Steinemann. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-russikon.ch.

Stadt Winterthur/Seen
Freitag, 4. September 2026 – Sonntag, 6. September 2026, SVP-Stand an der Seemer Dorfet, Ecke Seenerstrasse/Werdstrasse, Winterthur-Seen.

Stadt Zürich/Kreis 6 & 10
Samstag, 3. Oktober 2026, 14.00 Uhr, Buchvernissage: «Wikingen 1940 – Widerstand in allen Formen». Lichtbildvortrag von Martin Bürlimann und Kurt Gammeter, mit Führung durch den Landenberg-Bunker. Habsburgstrasse, Eingang zur Sanitätshilfsstelle Landenberg. Platzzahl beschränkt, Anmeldung: info@wibichinga.ch oder 078 640 84 18.

Stadt Zürich/Kreis 10
Samstag, 5. September 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Samstag, 12. September 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Kappenbühlweg, Zürich-Höngg.

Samstag, 19. September 2026, 09.30 – 11.30 Uhr, Standaktion, Röschibachplatz, Zürich-Wipkingen.

Stadt Zürich/Kreis 11
Sonntag, 20. September 2026, 10.00 Uhr, Puurezmorge, Bauernhof Schumacher, Katzensenstrasse 8, Zürich-Affoltern, mit Regierungsrätin Natalie Rickli und Regierungsratskandidat Martin Hübscher.

Freitag, 30. Oktober 2026, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Restaurant Bürgli, Seebacherstrasse 65, Zürich, mit Nationalrat Mauro Tuena.

Stadt Zürich/Kreis 12
Freitag, 4. September 2026, bis Sonntag, 6. September 2026, SVP-Stand an der Schwamendinger Chilbi, Stettbachweg, Zürich-Schwamendingen.

Junge SVP Kanton Zürich
Freitag, 25. September 2026, 17.00 Uhr, Oktoberfest, Treffpunkt vor der Landihalle, Quellenstrasse 6, Uster. Kosten: 68 Franken. Anmeldung an wanner@jsvp-zh.ch.

Öffentlicher Informationsanlass zum EU-Vertragspaket



Referat von Magdalena Martullo-Blocher,
Nationalrätin und Unternehmerin
EMS-Chemie AG

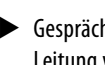
Ort: Lorzensaal, Dorfplatz 3, 6330 Cham

Datum: Freitag, 18. September 2026, Türöffnung 19.00 Uhr

Fakten, Folgen und Perspektiven – Programm ab 19.30 Uhr:



Begrüssung durch Hans Jörg Villiger, Kantonsrat SVP Cham



Referat von Magdalena Martullo-Blocher



Gesprächsrunde über die Auswirkungen des EU-Vertrags unter der Leitung von **Dr. Philipp Gut,** Journalist



Heinz Tännler,
Regierungsrat und Finanzdirektor des Kantons Zug



Phyllis Scholl, Rechtsanwältin, Verwaltungsrätin, FDP-Gemeindepräsidentin Kilchberg, Co-Präsidentin herVoice



Martin Haab, Nationalrat, Meisterlandwirt, Präsident Zürcher Bauernverband



Dr. Dominik E. Zehnder, Unternehmer, alt-Kantonsrat FDP, Kanton Schwyz, Mitglied des Initiativkomitees der Kompass-Initiative

► Fragen aus dem Publikum

► Fazit von **Thomas Aeschi,** Nationalrat und SVP-Fraktionspräsident

► Schlusswort von **Philip C. Brunner,** Kantonsrat und Präsident SVP, Kanton Zug

► Ca. 21.45 Apéro



unterwerfungsvertrag.ch

IMPRESSUM

Zürcher Bauer
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Jahresabonnement Print + Online: Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). Jahresabonnement Online: Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. Redaktion: ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. Insertionspreise: www.zbv.ch/zuercher-bauer. Abonnementsdienst: Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, abo@zuercher-bauer.ch.

Interne Autoren: SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, inserate@svp-zuerich.ch. Inseratenschluss: Mittwoch, 12.00 Uhr. Veranstaltungsmeldungen: veranstaltungen@svp-zuerich.ch Layout: Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. Druck: Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.

Der Zürcher Bote
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. Redaktion: SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. Insertionspreise: www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. Abonnementsdienst: SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Dienstag, 8. September 2026, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Bistro Blume, Saal, Tösstalstrasse 432, Fischenthal.

Freitag, 18. September 2026, 19.30 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Lorzensaal, Dorfplatz 3, Cham ZG, mit den Nationalräten Magdalena Martullo-Blocher, Martin Haab und Thomas Aeschi, Fraktionspräsident. Anschliessend Apéro.

Samstag, 26. September 2026 – Sonntag, 27. September 2026, SVP-Schiessen 2026, Vorschiesen am Samstag, 12. September 2026, Schützenhaus, Schützehusstrass 7, Marthalen. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.svp-schiessen.ch.

Mittwoch, 30. September 2026, 09.45 Uhr, Alträte-Treffen, WIN4 Ballsport-Arena, Grüzfeldstrasse 32, Winterthur. Besuch und Führung. Weitere Informationen unter t.f.weber@bluewin.ch.

Donnerstag, 22. Oktober 2026, 19.00 Uhr, Fiire mit de SVP, Chesselhuus, Tumbelenstrasse 6, Pfäffikon.

Freitag, 13. November 2026, 18.00 – 22.00 Uhr, Veranstaltung gegen den EU-Unterwerfungsvertrag, Allmendstrasse 5, Regensdorf, mit Nationalrätin Magdalena Martullo-Blocher. Festwirtschaft.

Sie lieben die Schweiz?

Treten Sie noch heute der SVP bei und setzen Sie sich für unser Land ein.



Volksabstimmung vom 27. September 2026	
Eidgenössische Vorlagen	
1. Volksinitiative «Wahrung der schweizerischen Neutralität (Neutralitätsinitiative)»	JA
2. Volksinitiative «Für eine sichere Ernährung – durch Stärkung einer nachhaltigen inländischen Produktion, mehr pflanzliche Lebensmittel und sauberes Trinkwasser (Ernährungsinitiative)»	NEIN
Kantonale Vorlagen	
1. Lehrpersonalgesetz (LPG) (Änderung vom 2. März 2026; Anpassung neu definierter Berufsauftrag)	NEIN
2. Patientinnen- und Patientengesetz und Gesundheitsgesetz (Änderung vom 30. März 2026; Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Selbstbestimmung am Lebensende auch in Alters- und Pflegeheimen»)	NEIN

Dübendorf, 26. August 2026

EINLADUNG zur Delegiertenversammlung
Dienstag, 8. September 2026, 19.30 Uhr
Bistro Blume, Saal, Tösstalstrasse 432, 8497 Fischenthal

Vorprogramm
Türöffnung und Verpflegung ab 18.30 Uhr, Vorprogramm ab 18.45 Uhr

- Geniessen Sie Gackets mit Hörnli, Chäshörnli, Schweinswürstli oder Wienerli, zum Dessert gibt's feine Crèmeschnitten, Nuss- und Mandelgipfel, Baumerfladen
- Musikalischer Auftakt durch die Harmoniemusik Fischenthal
- Begrüssung durch Kantonsrat und Gemeindepräsident René Schweizer

Traktanden

- 1. Begrüssung und Standortbestimmung
- 2. Wahl der Stimmzähler
- 3. Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2026 - Parolenfassung
 - a) Bundesbeschluss vom 19. Juni 2026 über die Zusatzfinanzierung der AHV durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer
 - b) Volksinitiative «Ja zu fairen Bundessteuern auch für Ehepaare - Diskriminierung der Ehe endlich abschaffen»

P A U S E mit Verpflegungsmöglichkeit

Fortsetzung: Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 29. November 2026 - Parolenfassung

- c) Änderung vom 19. Dezember 2025 des Bundesgesetzes über das Kriegsmaterial (Kriegsmaterialgesetz, KMG)
- d) Volksinitiative «Für eine Einschränkung von Feuerwerk»

1. Rahmenabkommen

2. Verschiedenes